



Demonstration am 1. Mai

Für den 1. Mai 2010 hat die NPD, unterstützt von weiteren Gruppierungen der rechten Szene, einen **Aufmarsch** in Erfurt angekündigt, den verschiedene Bündnisse verhindern wollen.

Der DGB protestiert auf dem Anger unter dem Motto „Kein Platz für Rechtsextremismus“, während das Bündnis „Ein Date mit der Straße“ dem Aufmarsch der Neonazis vorausgehen will, um – nach eigenen Angaben – **Massenblockaden** entgegenzusetzen. Daran beteiligt sich neben SPD, Grünen und Linken auch die **gewaltbereite Antifa**.

Mit Sitzblockaden sollen die Neonazis daran gehindert werden, ihren Demonstrationsszug durch die Landeshauptstadt stattfinden zu lassen.

Dabei rechnet die Polizei wieder mit gewaltsamen **Auseinandersetzungen** zwischen Extremisten beider Lager, zumal diverse teilnehmende Gruppierungen Gewalt als ein legitimes Mittel der „politischen Auseinandersetzung“ ansehen.

Muss das sein?

Die Jungen Liberalen Erfurt und die FDP Erfurt setzen sich für **gewaltfreie Straßen** am 1. Mai ein, um den Tag der Arbeit mal anders als in den vergangenen Jahren zu erleben.



Gegen jede Gewalt

Die **Jungen Liberalen (JuLis)** Erfurt und die **FDP Erfurt** setzen sich für bunte Vielfalt und gewaltfreie Straßen ein.

Wir möchten, dass beide Seiten auf jede Eskalation verzichten, um einen ruhigen Feiertag zu erleben.

Dabei haben sich z.B. die JuLis in Thüringen mit der Weimarer Erklärung klar **gegen** jede Form von **Extremismus** bekannt. Insbesondere möchten wir uns gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Ziel ist ein weltoffenes, tolerantes und liberales Thüringen.

Mehr Informationen zu diesen und weiteren Themen erhalten Sie auf unseren Internetseiten unter:

<http://www.julis-erfurt.org>
<http://www.fdp-erfurt.de>

Herausgeber:
FDP Freie Demokratische Partei
Kreisverband Erfurt
Marbacher Gasse 35-37
99084 Erfurt

Alle Informationen in diesem Falblatt wurden sorgfältig recherchiert, sind aber ohne Gewähr.



ERFURTER VIELFALT.

FÜR GEWALTFREIE STRASSEN AM 1. MAI



FÜR GEWALTFREIE STRASSEN AM 1. MAI

Geschichte des „Tages der Arbeit“

Schon die **Ursprünge** des 1. Mai sind **gewaltsam**. 1886 ufern Massenstreiks in Nordamerika in blutige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten aus, bei denen mehrere Menschen ums Leben kommen.

1889 ernennt die Sozialistische Internationale den 1. Mai zum **Kampftag der Arbeiterklasse** – der Grundstein zu einer wechselhaften, aber meist blutigen Geschichte.

So nutzten rechte und linke **Extremisten** den 1. Mai für ihre Zwecke. Die Nationalsozialisten rufen 1933 den „Tag der nationalen Arbeit“ aus und verbieten am 2. Mai 1933 alle Gewerkschaften.

Für die Linke bleibt der Tag weiterhin ein Kampftag, der z.B. in der DDR der Erziehung zum **wehrhaften Sozialismus** dient.

In der BRD kommt es seit den 80er Jahren immer wieder zu **Ausschreitungen** bei „revolutionären 1. Mai Demonstrationen“ von **radikalen Autonomen**. Höhepunkt war 1987 der Rückzug aller Staatsgewalt aus dem Berliner Stadtteil Kreuzberg.

Rechte Sinnlosigkeit

Die Rechten nutzen den 1. Mai vor allem, um sich als Stimme der Arbeiter und Arbeitslosen zu etablieren. Dementsprechend lautet auch das Motto der diesjährigen Demonstration: **„Arbeit statt Abwanderung“**.

Dabei propagieren sie immer wieder ihr **rassistisches** und **weltfremdes** Parteiprogramm.

So fordert die NPD etwa, dass Arbeitsplätze zuerst an Deutsche zu vergeben sind. **Ausländer** seien aus dem Sozialversicherungswesen auszugliedern. Die Globalisierung und der Multikulti-Staat würden Deutschland kaputt machen.

Dass die NPD aus ewig Gestrigen bestehen muss, beweisen auch weitere Forderung. So sollen etwa die Grenzanerkennungsverträge nach dem **2. Weltkrieg** revidiert werden, weil Deutschland größer sei als die derzeitigen Grenzen.

Bei Demonstrationen der Rechten kommt es immer wieder zu antisemitischen Parolen und Holocaust-Leugnungen.

Linke Gewaltbereitschaft

Auch unter den Linken gibt es Extremisten, die unter dem Deckmantel der **„Antifaschismusarbeit“** versuchen, den Rechtsstaat und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu überwinden.

So werden dem kapitalistischen Staat etwa faschistische Wurzeln unterstellt, die es zu **beseitigen** gilt.

Aus diesem Grund zerstören linke **Extremisten** immer wieder Symbole der Wirtschaft und stecken – auch in Thüringen – wiederholt Autos in Brand und liefern sich regelrechte **Straßenschlachten** mit der Polizei.

Bei Aufmärschen von Rechtsextremisten suchen sie immer wieder gezielt die direkte Konfrontation mit dem „politischen Feind“. Seit vielen Jahren stehen daher nicht nur DVU und NPD unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, sondern auch linksextreme Bündnisse wie etwa die „Antifa“, die sich offen auch an den Gegendemonstrationen am 1. Mai in Erfurt beteiligen möchte. Diesjähriges Motto: **„Hauptsache 's knallt!“**